Zeitschrift: Rosa : die Zeitschrift für Geschlechterforschung
Herausgeber: Rosa
Band: - (2004)
Heft: 28

Artikel: Gegen die Politik der leeren Kassen
Autor: Goll, Christine
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-631197

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gegen die Politik der leeren Kassen

von Christine Goll

Die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt ist nicht in der Lage, Armut wirksam zu bekämpfen. Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und des Service Public braucht eine linke Strategie gegen die neoliberalen Rezepte des Sozial- und Staatsabbaus. Eine wichtige Weichenstellung erfolgt an der Urne bereits im kommenden Mai.

Vor über einem Jahrzehnt habe ich im Auftrag des Schweizerischen ArbeiterInnenhifswerkes (SAH) und des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) eine Buch über Armut in der Schweiz verfasst.[1] Das Handbuch enthält Handlungsanleitungen auf individueller, institutioneller und politischer Ebene und befasst sich mit den häufigsten Armutsfallen in einem der reichsten Länder der Schweiz. Die Situation Alleinerziehender, Verelendung durch Bildungsdefizite, soziale Auswirkungen psychischer Krankheiten, Langzeitarbeitslosigkeit, Überschuldung durch Konsumkredite und Endstation Sozialhilfe sind die in sechs Kapiteln beschriebenen Themen. Jedes Kapitel ist zudem am Schluss mit einem politischen Forderungskatalog versehen. Ein Blick in das Buch heute zeigt, wie aktuell die Problembeschreibungen nach wie vor sind und wie viele unerfüllte Forderungen immer noch auf der politischen Agenda stehen. Die wirtschaftliche Krisensituation der Neunzigerjahre hat die Armutsproblematik gar verschärft und die neoliberalen Rezepte rechtsbürgerlicher PolitikerInnen lassen die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgehen. Zudem fehlt in der Schweiz eine nationale Strategie zur Armutsbekämpfung.

Ein guter Auftakt in den Demo-Sommer 2003: Über 5000 Leute gingen in Zürich auf die Strasse.

Arm sein als Frauenrealität

Nicht an Brisanz verloren hat die Tatsache, dass Armsein eine Frauenrealität ist. Bildung, bezahlte Erwerbsarbeit und von Frauen geleistete Gratisarbeit sowie das Sozialversicherungssystem sind eng miteinander verknüpft und tragen zum Teufelskreis von Frauenarmut bei. Bildungsbiografien verlaufen in Sackgassen, ökonomische Teilhabe von Frauen und eine gerechte Verteilung der unbezahlten, aber gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern sind immer noch keine Selbstverständlichkeit. Im Zusammenhang mit unserem System der sozialen Sicherung ist Frau sein allein schon ein Risiko. Die soziale Absicherung ist ans Erwerbsarbeitsprinzip gekoppelt. Wer Gratisarbeit leistet, teilzeitlich erwerbstätig ist oder ein kleines Einkommen erzielt, wird bei den Sozialversicherungen zusätzlich bestraft. Einige Beispiele:
• Keine Ansprüche bei der Arbeitslosenversicherung oder ein niedriges Taggeld; • tiefe Renten im Falle von Invalidität; • kleinere AHV-Renten als Folge von Erwerbsunterbrüchen oder Teilzeitarbeit aus familiären Gründen; • keine oder minimale Leistungen bei der 2. Säule; heute ist nur jede zweite erwerbstätige Frau in der Beruflichen Vorsorge versichert; • finanzielle Not durch ein unsoziales Kopfprämiensystem, bei dem Milliardär und Verkäuferin, Bankdirektor und Hausfrau gleich viel für ihre Krankenversicherung bezahlen; • keine Mutterschaftsversicherung; • keine kostendeckenden Kinderrenten; • Willkür im Sozialhilfesystem: Eine allein erziehende Mutter erhielte im Kanton Bern beispielsweise je nach Gemeinde, in der sie wohnt, zwischen 0 und 1'712 Franken Sozialhilfe im Monat, wie eine Studie der SP Schweiz Ende der Neunzigerjahre ergab.

Damit Frauen nicht länger in sozialer Unsicherheit leben müssen, bedarf es der konsequenten Berücksichtigung der Lebens- und Arbeitsrealitäten von Frauen. Tatsache ist: Die unbezahlte Arbeit hat einen Wert von 215 Milliarden Franken pro Jahr, was 58 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Das muss im Sozialversicherungssystem anerkannt werden.

Marktfundamentalismus

Eine kohärente Armutsbekämpfung findet heute in der Schweiz nicht statt. Im Gegenteil: Die bürgerliche Mehrheit will den Staat aushöhlen und ergeht sich in blindem Marktfundamentalismus. Linke und Gewerkschaften sind heute gefordert, die Politik der leeren Kassen entschiedener denn je zu bekämpfen. Was darunter zu verstehen ist, erleben wir sowohl in den Kantonen als auch auf Bundesebene. Die unsoziale Politik rechtsbürgerlicher Sparhysteriker wird sich in nächster Zeit

verschärfen, weil seit dem 10. Dezember die Hochfinanz direkt im Bundesrat vertreten ist. Das Strickmuster ist einfach, wenn wir die Bundespolitik verfolgen: Zuerst verpasst sich der abgetretene Finanzminister mit Hilfe des Bürgerblocks mit der Schuldenbremse ein finanzpolitisches Korsett. ‹Ausgabenbremsen› sind auch in verschiedenen Kantonen durchgepaukt worden. Parallel dazu wird der Sozialstaat, allem voran die AHV, totgeredet. Dann kann munter der Staat ausgehungert werden: Mit dem Steuerpaket sollen über vier Milliarden Franken an Reiche und Hauseigentümer verschenkt

Wenn wir die Retterinnen nicht retten - wer rettet dann uns noch?

werden. Steuersenkungen für Gutbetuchte sind auch in den Kantonen salonfähig. Schliesslich wird ein ‹Entlastungsprogramm› verabschiedet – in den Kantonen nennt sich das dann ‹Sparprogramm› – das eine eigentliche Kompensation für die Steuergeschenke darstellt. Das grösste nationale ‹Sparpaket› aller Zeiten entpuppt sich als Belastungsprogramm für Kantone, Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger. Die Leistungskürzungen betreffen in unverantwortbarer Weise Bildung, Gesundheit, Sozialbereich und die Umwelt.

Wenn Bund und Kantone die Sparschraube andrehen, dann bedeutet dies einen direkten Angriff auf den Service Public und die Arbeitnehmenden im öffentlichen Dienst. Dieser ist keine Privatunternehmung, die nur dem Renditedenken unterworfen ist. Zum Service Public gehören öffentliche Güter wie Energie und Wasser, ein flächendeckendes Poststellennetz, der öffentliche Verkehr, Chancengleichheit in der Bildung für alle und der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung für die ganze Bevölkerung, ungeachtet der finanziellen Möglichkeiten der Einzelnen. Der superreiche Bundesrat Blocher hat Solidarität als Ausgleich zwischen Arm und Reich und Kitt einer Gesellschaft immer als «wohliges Harmoniegefühl» verhöhnt. Das Weltbild der rechten alten Männer im Bundesrat entspricht dem einer Ellbogengesellschaft, in der es mit genügend Egoismus jeder vom Tellerwäscher zum Milliardär schafft. Klar, bräuchte diese Schweiz AG keinen Service Public, sondern nur noch Privatschulen und Privatspitäler.

Bitte warm anziehen

Der Gewerkschaftsbewegung und der Linken bläst ein kalter Wind entgegen. Sie sind in der nächsten Zeit in zwei zentralen Themenbereichen gefordert. Sie können und müssen unsere Sozialwerke sowie den Service Public für alle stärken. Die zahlreichen Mobilisierungen der vergangenen Monate in verschiedenen Regionen zeigen, dass die Demontage des Sozialstaates und des Service Public nicht passiv hingenommen werden. Allein in Zürich gingen im November 2003 über 10'000 Menschen auf die Strasse, um gegen den unverantwortlichen Leistungsabbau in der Bildung zu protestieren. Zum Service Public zähle ich auch die Altersvorsorge, weil alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, in Würde und finanzieller Sicherheit alt zu werden. Die Verteidigung und die Stärkung des Service Public muss drei Grundprinzipien folgen, für die sich insbesondere die Gewerkschaftsbewegung einsetzen muss:

Als erstes ist bei der Erbringung von Service-Public-Leistungen die öffentliche und demokratische Kontrolle zu garantieren. Das heisst, dass jede Privatisierungstendenz abzulehnen ist. Wirtschaftsdemokratie ist für private oder privatisierte Unternehmen ein Fremdwort.

Als zweites ist immer das Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu verfolgen, indem der Zugang zum Service Public für die ganze Bevölkerung gewährleistet sein muss. Die soziale Frage spielt zudem bei den Arbeitnehmenden im öffentlichen Dienst eine zentrale Rolle, wenn es beispielsweise um die Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen, die Durchsetzung der Lohngleichheit von Frauen und Männern oder die Förderung von neuen Arbeitszeitmodellen geht. Sobald die Marktregeln diktieren, gilt nur noch das Recht des Stärkeren.

Und als drittes muss das Prinzip der Nachhaltigkeit mit Demokratie und Sozialverträglichkeit verknüpft werden. Wenn nur noch private Interessen verfolgt werden, ist die Verschwendung von Ressourcen einprogrammiert.

Dezember 2002: Keine Uni nur für Reiche - keine Gebührenerhöhungen!

Schweisstreibende Kämpfe

Wir brauchen alle unsere Kräfte und Kreativität in diesem politisch heissen Jahr. Zahlreiche Volksabstimmungen verlangen listige und lustvolle Kampagnen, hartnäckige Überzeugungsarbeit und energiegeladene BasisaktivistInnen. Wir kämpfen nicht auf verlorenem Posten, weil der Unmut in der Bevölkerung gegen die Politik der leeren Kassen wächst. Schon am 16. Mai 2004 kann Generationen übergreifende Solidarität in die Praxis umgesetzt werden. Steuergeschenke an die Reichen können wir dann verhindern. Das unsoziale Steuerpaket hätte direkte Auswirkungen auf den Sozialstaat, den Service Public und die Angestellten des öffentlichen Dienstes. Kompensiert werden solche Geschenke nämlich mit ‹Sparprogrammen› beim Bund, den Kantonen und Gemeinden, die zu Leistungskürzungen für alle führen. Gleichzeitig entscheiden wir im Mai über die Zukunft der AHV, unserem wichtigsten Sozialwerk. Sie lebt seit über einem halben Jahrhundert vom Generationenvertrag.

Die AHV muss ausgebaut werden. Dazu muss endlich der Bundesverfassungsauftrag, der existenzsichernde Renten vorschreibt, erfüllt werden. Von der heutigen Maximalrente von 2'110 Franken pro Monat – die Minimalrente ist nur halb so hoch – kann niemand leben. Die Durchschnittsrente der AHV beträgt heute 1'600 Franken im Monat. Existenzsichernd heisst, sich an der erfolgreichen Mindestlohnkampagne der Gewerkschaften zu orientieren. Dafür kann die 2. Säule problemlos abgebaut und die frei werdenden Mittel zur Stärkung der AHV auf die 1. Säule verlagert werden. Das Zwangssparen im Überobligatorium, also über rund 76'000 Franken Jahreseinkommen, muss drastisch eingeschränkt werden. Jahresrenten über 100'000 Franken sind nicht nur Luxus, sondern bereits unanständig. Ein Demokratie-Rekord wurde bereits beim Sammeln der Unterschriften für das Referendum gegen die 11. AHV-Revision erreicht. Im Rahmen einer 2x24-Stunden-Aktion haben die Gewerkschaften das Referendum gegen die 11. AHV-Revision zustande gebracht. Bis zur Einreichung waren über 187'000 Unterschriften gesammelt.

Der 16. Mai 2004: eine Chance !

Die bürgerliche Mehrheit in Bundesbern hat eine 11. AHV-Revision beschlossen, die ausschliesslich Leistungskürzungen mit einem Sozialabbau von über 800 Millionen Franken auf dem Rücken der Frauen sowie der Klein- und Normalverdienenden umfasst. Vorgesehen ist eine weitere Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre, die dafür 400 Millionen Franken bezahlen sollen. Alle Versprechungen zur Einführung eines flexiblen und sozial ausgestalteten Rentenalters wurden gebrochen. Der vorzeitige Altersrücktritt bleibt ein Privileg der Reichen. Damit kommt Bundesrat Couchepin seinem Ziel, Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre für Frauen und Männer, näher. 250 Millionen Franken beträgt der Abbau bei den Witwenrenten. Mit dem heutigen Durchschnittsalter von 57 Jahren bei verwitweten Frauen, ist soziale Not vorprogrammiert. Allen Renterinnen und Rentnern, sowohl der AHV als auch der Invalidenversicherung (IV), sollen zudem weitere 200 Millionen Franken jährlich entzogen werden, wenn die Anpassung an den Mischindex nicht mehr alle zwei Jahre wie bisher, sondern künftig alle drei Jahre erfolgt.
Wir haben eine Chance, die Schweiz am 16. Mai sozialer zu gestalten. Packen wir sie!

ANMERKUNGEN

[1] Goll, Christine. Gegen Armut. Anleitungen für Praxis und Politik, herausgegeben von SAH und VPOD, Zürich 1990.

AUTORIN

Christine Goll ist seit 1991 SP-Nationalrätin (ZH), Präsidentin der Gewerkschaft VPOD und Präsidentin der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrates.